

15. DEZEMBER 2020  
PRESSEDOSSIER



AN D'ZUKUNFT  
INVESTÉIEREN

# ZESUMME MËI STAARK AUS DER KRIS



D'BUDGETS-  
A FINANZPOLITIK OP MËI  
STAARK BEE STELLEN



Luxemburg, den 15. Dezember 2020

Bericht über den Staatshaushalt 2021

## **Zesumme méi staark aus der Kris**

### **KONTEXT**

*„Der diesjährige Staatshaushalt reagiert nicht nur auf die aktuelle Pandemie, er legt auch die Weichen dafür, dass unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft gestärkt aus der Krise kommen. Die Investitionen in die ökologische Wende, in die nachhaltige Mobilität, in bezahlbaren öffentlichen Wohnraum, in die Gesundheitsinfrastrukturen und in die Digitalisierung bleiben auf einem sehr hohen Niveau und werden zum Teil erhöht.*

*Wir haben gleichzeitig erste steuerliche Maßnahmen ergriffen in Richtung eines sozial und ökologisch gerechteren Steuersystems. Damit ist der Staatshaushalt 2021 kein reiner Krisenhaushalt, und schon gar kein Budget des „Business as usual“, sondern ein Haushalt, der uns gut durch die Pandemie bringen und gleichzeitig unser Land besser für die Herausforderungen unserer Zeit aufstellen soll.“*

***François Benoy**, Haushalts-Berichterstatter 2021*

Die aktuelle Gesundheitskrise betrifft fast alle Bereiche unserer Gesellschaft und des Zusammenlebens. Sie verändert den menschlichen Umgang miteinander, der durch Abstandsregeln und Maskentragen auf die Probe gestellt wird. Sie erinnert uns an die Bedeutung sozialer Beziehungen für das menschliche Wohlbefinden und führt uns beispielhaft vor Augen, welche Folgen die menschliche Zerstörung von Natur und Ökosystemen haben kann.

**Die Pandemie zeigt aber auch, welche wichtige Rolle der Staat in der Bekämpfung von Krisen übernehmen muss.** Es bestätigt sich, dass der freie Markt allein keine adäquate Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit hat, sei es, um Pandemien zu verhindern oder zu bekämpfen, um angemessenen Wohnraum für alle Bürger\*innen zu gewährleisten oder um die Klimakrise wirklich zu bewältigen. Die beispiellosen finanziellen Mittel, die im Zusammenhang mit der aktuellen Krise durch den Staat mobilisiert wurden, zeugen von der wichtigen Rolle, die der Staat jetzt für die Entwicklung und Stabilität unseres Landes spielt und weiterhin spielen wird. **Um die vielfältigen Krisen unserer Zeit zu verhindern und zu bewältigen, brauchen wir einen starken Staat.**

**Der Haushalts- und Fiskalpolitik kommt daher eine wachsende Bedeutung zu, da sie mehr denn je die Richtung der Entwicklung unseres Landes in den kommenden Jahren bestimmen wird.** Wie schaffen wir es, die Klimakatastrophe zu vermeiden? Wie wird es uns gelingen, angemessenen Wohnraum für alle Bürger\*innen bereitzustellen? Welche Investitionen sind nötig, um unsere Widerstandsfähigkeit gegen Gesundheitskrisen wie die derzeitige zu verbessern? Welche Mittel stehen zur Verfügung, um den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten? Wie muss sich unser wirtschaftliches Modell verändern, um langfristig zukunftsfähig zu bleiben? Und schließlich: Wie kann die Steuer- und Haushaltspolitik all diesen Herausforderungen begegnen?

Dies sind relevante Fragen im Zusammenhang mit der Analyse des Haushaltsentwurfs, auf die der Berichterstatter François Benoy ehrgeizige Antworten liefern will. **Grundsätzlich geht es im aktuellen Kontext um die Frage: Wie kann das Land widerstandsfähiger werden, damit wir alle gemeinsam stärker aus der aktuellen Krise hervorgehen können?**

## EMPFEHLUNGEN DES BERICHTERSTATTERS

### I. Gesundheit stärken

- **Dem wachsenden Mangel an Ärzten und medizinischem Fachpersonal entgegenwirken.** Um dem zunehmenden Ärztemangel zu begegnen, sollte in ein erweitertes Angebot der medizinischen Ausbildung in Luxemburg investiert werden. In Bezug auf die Gesundheitsberufe ist eine akademische Aufwertung erforderlich, insbesondere durch die Schaffung eines Bachelor-Abschlusses in Krankenpflege in Verbindung mit dem Bachelor-Abschluss in der Medizin.
- **Investitionen in Kapazitäten zur Pandemiebekämpfung.** Um das Gesundheitssystem besser auf gesundheitliche Krisensituationen vorzubereiten, müssen künftig bessere Krisenreaktionskapazitäten vorgesehen werden. Ziel muss es sein, auch in Zeiten einer Pandemie die fachgerechte Behandlung und Versorgung aller Patienten zu gewährleisten.
- **Die Verlagerung zur ambulanten Versorgung fortsetzen, um das Gesundheitssystem zu stärken.** Die Förderung und Unterstützung der Verlagerung auf die ambulante Versorgung ist essentiell, um eine bessere Patientenversorgung auf regionaler und sogar lokaler Ebene zu gewährleisten. Insbesondere im Falle einer Pandemie wäre dies aufgrund der größeren Flexibilität vorteilhaft, um z.B. Behandlungen, die nicht im Zusammenhang mit der Pandemie stehen, dann außerhalb von Krankenhäusern durchführen zu können.
- **Verabschiedung eines neuen Pandemiegesetzes.** Der Berichterstatter empfiehlt die Ausarbeitung eines Pandemie-Rahmengesetzes, um eine schnellere und effizientere Reaktion auf künftige Gesundheitskrisen zu ermöglichen.
- **Mehr in die Prävention investieren.** Um die Lebensqualität der Bürger\*innen zu verbessern und die Behandlungskosten mittel- und langfristig zu senken, muss die gesundheitliche Prävention in allen Lebensphasen gestärkt werden. In diesem Zusammenhang sollte die medizinische Nomenklatur weiter überarbeitet und dabei insbesondere den Zeitfaktor berücksichtigt werden, um Präventionsleistungen besser zu fördern. Auch muss in Zukunft der Zusammenhang zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und natürlichen Lebensräumen und dem verstärkten Aufkommen von Viren besser untersucht werden.
- **Verstärkte Bemühungen zur Förderung der mentalen Gesundheit.** Angesichts der Verschlechterung der mentalen Gesundheit im Zuge der Gesundheitskrise sollte ein besserer Zugang zu psychologischer Hilfe für alle Bürger sichergestellt werden, insbesondere in Bezug auf den Zugang zu Psychotherapeuten. In diesem Zusammenhang muss dem Mangel an Psychiatern entgegengewirkt werden, indem unter anderem die Einführung eines akademischen Angebots in Luxemburg für die Spezialisierung in der Psychiatrie in Betracht gezogen wird.

## II. Investitionen für die Zukunft



- ➔ **Der Multimodalität bei den Investitionen klare Priorität geben.** Die Mobilitätsplanung muss sich weiterhin auf die effiziente und angenehme Bewegung von möglichst vielen Menschen konzentrieren. Dazu gehört die Erhöhung der Kapazität, des Komforts und der Pünktlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel, die Förderung von Fahrgemeinschaften durch eigene Autobahnspuren, der Bau von Park-and-Ride-Anlagen und die Ausweitung von Carsharing auf mehr Arbeitgeber und Wohnprojekte.
- ➔ **Gezielte Förderung der Elektromobilität fortsetzen.** Der Ausbau des Netzes von Ladestationen und Schnellladestationen muss beschleunigt werden.
- ➔ **Alternativen zum Personenflugverkehr gezielt unterstützen.** Die Anstrengungen zum Ausbau des Nachtzugnetzes auf langen Strecken und des Hochgeschwindigkeitszugnetzes auf mittleren Strecken sollten weiter verstärkt werden.
- ➔ **Die notwendigen budgetären Mittel für bezahlbaren Wohnraum bereitstellen,** um so schnell wie möglich große Projekte wie *Elmen*, *Wunne mat der Wooltz* und *Neischmelz* umzusetzen und das volle Potenzial des Pacte Logement 2.0 auszuschöpfen.

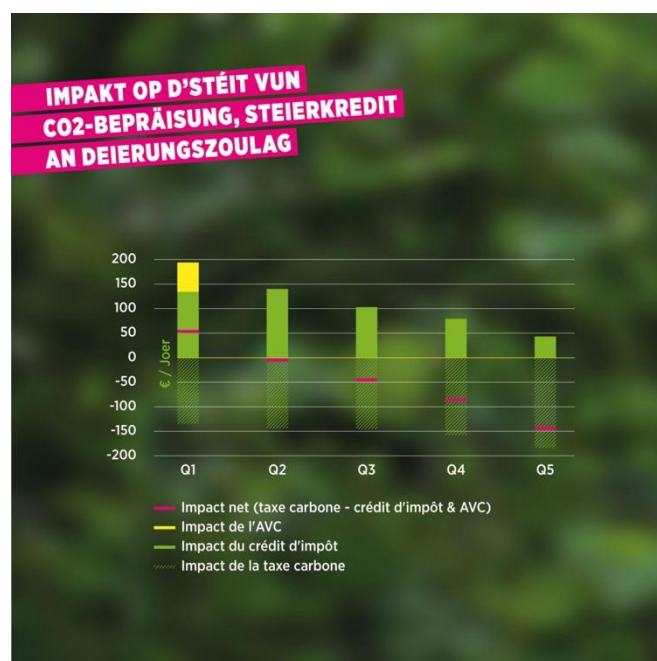




- **Vorhandene Flächenpotenziale für den Wohnungsbau schnell mobilisieren.** Hierzu empfiehlt der Berichterstatter die **zügige Reform der Grundsteuer, sowie die Reform des Gemeindeplanungsgesetzes** („Loi sur l'aménagement communal“) mit einer **Einführung der ministeriellen Neugliederung und des Baulandvertrages**. Darüber hinaus sollte im Rahmen der Überarbeitung des Grundsteuersystems eine **substanzielle Steuer auf erschlossenes, aber brachliegendes Bauland** eingeführt werden, um dieses Land für Wohnzwecke zu mobilisieren. Schließlich sollte auch eine spezifische Steuer auf Leerstand eingeführt werden.

### III. Mehr Soziale Gerechtigkeit

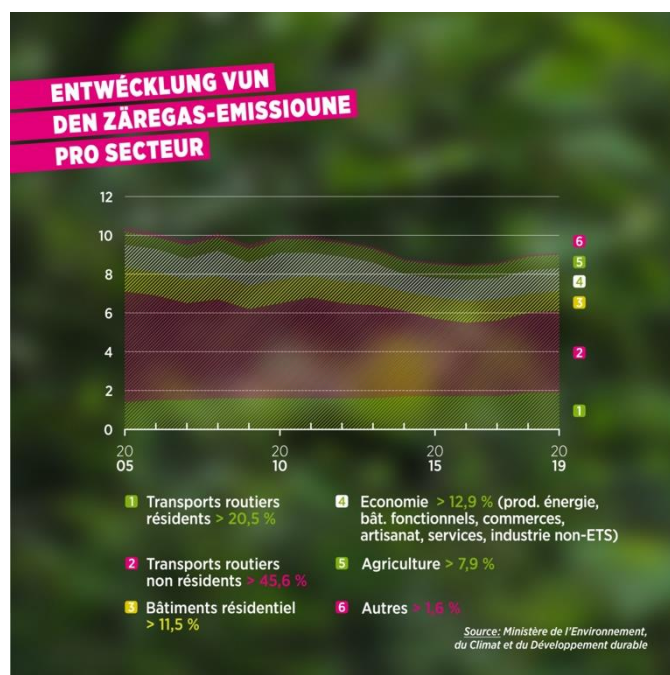
- **Ein besseres Gleichgewicht zwischen der Besteuerung von Kapital und Arbeit anstreben**, um für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen. Der Berichterstatter empfiehlt, diese Aspekte im Rahmen der anstehenden parlamentarischen Debatte über die Modernisierung unseres Steuersystems zu analysieren.
- **Die Wirksamkeit der Umverteilungseffekte im luxemburgischen Sozial- und Steuersystem überprüfen.** In den letzten Jahren hat das gesamte Steuer- und Sozialtransfersystem in Bezug auf seine Fähigkeit, das Armutsrisiko und die Einkommensungleichheit zu reduzieren, an Wirksamkeit verloren. Um mögliche Hebel für eine wirksamere Reduzierung von Ungleichheit und Armut, insbesondere für die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen, besser identifizieren zu können, sollte eine eingehende Analyse zu diesem Thema durchgeführt werden.
- **Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung und den dazugehörigen Steuerkredit nach 2023 weiterentwickeln.** Um die Klimaziele zu erreichen und die Planungssicherheit aller beteiligten Akteure zu gewährleisten, sollte die Entwicklung des CO<sub>2</sub>-Preises nach 2023 an die Erreichung der Klimaziele gekoppelt werden. Künftige Erhöhungen sollten Hand in Hand gehen mit einer automatischen Anpassung des Steuerkredits, um Haushalte mit niedrigem Einkommen weiterhin zu entlasten.



- **Neue Foren für Bürgerbeteiligung schaffen.** Um die Beteiligung aller Bürger\*innen zu fördern, sollte eine beratende Bürgerversammlung eingesetzt werden, die sich aus Einwohnern und Grenzpendlern zusammensetzt, welche durch Losverfahren bestimmt werden. In diesem Konsultations- und Reflexionsgremium könnten mit Rückgriff auf Expert\*innen gesellschaftliche Diskussionen besser vorbereitet und begleitet werden.

## IV. Nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung

- ➔ **Nachhaltigkeitskriterien bei der Ansiedlung von neuen Industrien einführen.** Der Berichterstatter empfiehlt die Einführung einer ex-ante Nachhaltigkeitskontrolle ("Nohaltegkeetscheck") bei der Ansiedlung von neuen Unternehmen und Industrien. Die Anwendung der Prinzipien der Kreislaufwirtschaft, die Nutzung von Synergien mit anderen bereits vorhandenen Unternehmen sowie die ökologischen und sozialen Auswirkungen sollten zu den Faktoren gehören, die im Rahmen der Kontrolle berücksichtigt werden.



- ➔ **Unternehmen bei der Klimawende unterstützen.** Die im Zuge des #NeistartLëtzebuerg geschaffenen Anreize und Beihilfen für Unternehmen für Investitionen in Dekarbonisierung, Umweltschutz, Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz und Digitalisierung sollten langfristig beibehalten und weiter ausgebaut werden. Zusätzlich zu den Investitionshilfen sollte die Möglichkeit geprüft werden, steuerliche Anreize für grüne Investitionen zu schaffen und ein "Fit 4 Climate"-Programm einzuführen, um Unternehmen in diesem Bereich mit beratenden Hilfeleistungen zu begleiten.
- ➔ **Die Kreislaufwirtschaft als Fundament für eine nachhaltige Wirtschaft fördern.** Der Berichterstatter empfiehlt, einen ehrgeizigen Fahrplan für die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft zu verabschieden und in den kommenden Jahren die notwendigen Haushaltsmittel für die Umsetzung dieses Fahrplans und der Strategie "Null Offall Lëtzebuerg" sicherzustellen. Innovative Pilotprojekte sollten gezielt gefördert und finanziell unterstützt werden.
- ➔ **Den Finanzplatz zukunftsfähig weiterentwickeln.** Der luxemburgische Finanzplatz bietet eine enorme Chance, Finanzströme in Richtung Klimatransition umzuleiten. Mit dem Haushalt für 2021 wird ein wichtiger Anreiz für Investmentfonds geschaffen, in klimafreundliche Technologien zu investieren. Dies ist nicht nur gut fürs Klima, es ist auch aus finanzieller Sicht sinnvoll, da „fossile“ Investitionen beträchtliche Klimafinanzrisiken beherbergen. Der Berichterstatter empfiehlt, die Transition hin zur „Green Finance“ in den nächsten Jahren weiter zu fördern. Dazu gehört unter anderem auch, Klimafinanzrisiken in Zukunft besser zu identifizieren und abzubauen.
- ➔ **Telearbeit fördern und das Recht auf Abschalten gesetzlich verankern.** Um die Telearbeit von Grenzgängern zu erleichtern, ermutigt der Berichterstatter die Regierung, die Verhandlungen mit den Nachbarländern fortzusetzen, um steuerliche

**Hindernisse für die grenzüberschreitende Telearbeit abzubauen**, mit dem Ziel, die Schwellenwerte für die Besteuerung an die Schwellenwerte für die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme (d.h. 25 %) anzugleichen. Zusätzlich sollte in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern das Recht auf Abschalten gesetzlich verankert werden.

- **Über Arbeitszeitmodelle und die Verkürzung der Arbeitszeit nachdenken.** Angesichts wichtiger Trends wie der Tertiarisierung, der digitalen Transformation und der wachsenden Bedeutung der Work-Life-Balance empfiehlt der Berichterstatter, in den kommenden Jahren eine allgemeine Debatte über eine neue Organisation und Verkürzung der Arbeitszeit zu führen.

## V. Stärkere Öffentliche Finanzen

- **Öffentliche Fonds zu Vorbildern für nachhaltige und verantwortungsvolle Investitionen machen.** Um die Nachhaltigkeit und finanzielle Stabilität öffentlicher Fonds zu stärken, sollte der rechtliche Rahmen des FDC („Fonds de compensation“) und des FSIL („Fonds souverain intergénérationnel du Luxembourg“) überprüft werden, um diese Fonds zu ermutigen, Investitionen in "fossile" Sektoren und Aktivitäten abzubauen und die Transparenz und Bewertung von ESG-Kriterien zu verbessern. Darüber hinaus empfiehlt der Berichterstatter, zu prüfen, inwiefern die finanziellen Ressourcen, die von öffentlichen Fonds verwaltet werden, auch als Hebel zur Lösung der strukturellen Probleme Luxemburgs (beispielsweise des Mangels an bezahlbarem Wohnraum) genutzt werden könnten.
- **Staatliche Beihilfen zur Förderung der emissionsfreien Mobilität gezielter einsetzen.** Um die Beihilfe gezielter einzusetzen und einkommensschwache Haushalte noch stärker zu unterstützen, sollte der Kaufpreis, für den die Prämie für Elektroautos gewährt wird, gedeckelt und soziale Kriterien bei der Vergabe der Prämie eingeführt werden. Auch sollte geprüft werden, inwiefern eine Vorauszahlung der Prämien für Menschen mit niedrigem Einkommen möglich ist.
- **Einen transversalen Ansatz für "Green Budgeting" einführen.** Um die Kohärenz der Politiken zu gewährleisten, sollte eine systematische Bewertung und Quantifizierung der Umwelt- und Klimaauswirkungen des Steuersystems stattfinden. Zu diesem Zweck wird empfohlen, zunächst Kriterien zu definieren, nach denen die Umweltauswirkungen der staatlichen Haushalts- und Finanzpolitik beurteilt werden können. Mittelfristig sollte ein jährlicher Bericht im Anhang zum Haushaltsentwurf erstellt werden, der über die Kohärenz der Finanzpolitik mit den nationalen Umwelt- und Klimazielen und die Auswirkungen von Haushalts- und Steuerausgaben auf die Umwelt und das Klima aufklärt.

*Für weitere Informationen:*

**François BENOY**, [fbenoy@chd.lu](mailto:fbenoy@chd.lu), +352 691 447 554  
**Fabricio COSTA**, [fcosta@chd.lu](mailto:fcosta@chd.lu), +352 621 492 136

Den parlamentarischen Bericht mit allen Empfehlungen des Berichterstatters finden Sie [hier](#).